

Postbezug: Landeshauptstadt Erfurt
Stadtverwaltung
Personal- und Organisationsamt
Statistik und Wahlen
99111 Erfurt

Quellen: Ämter der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt
Thüringer Landesamt für Statistik
Polizeidirektion Erfurt
Bundesagentur für Arbeit
EVAG
IHK Erfurt

Nachdruck oder Nachveröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Impressum



Herausgeber
Landeshauptstadt Erfurt
Stadtverwaltung

Redaktion:
Personal- und Organisationsamt
Statistik und Wahlen
Fischmarkt 1
99084 Erfurt
Tel. 0361 655-1491
Fax 0361 655-1499
E-Mail statistik@erfurt.de
Internet www.erfurt.de/statistik

Redaktionsschluss: Januar 2018

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Seite

Das Wettergeschehen im Jahr 2017 in der Landeshauptstadt Erfurt

5

Analyse der Briefwahl zur Bundestagswahl 2017

6

Zahlen und Trends

Bevölkerung

18

gemeldete Genehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

19

Arbeitsmarkt der Stadt Erfurt

20

Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen

21

Verarbeitendes Gewerbe

21

Bauhauptgewerbe

22

Ausbaugewerbe

22

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes der Stadt Erfurt

22

IHK Branchenentwicklung der Stadt Erfurt

23

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer der Stadt Erfurt (Arbeitsortprinzip)

24

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Aus- und Einpendler der Stadt Erfurt

24

Verkehr und Fremdenverkehr

25

Bildungswesen und kulturelles Leben

26

Feuerwehr

27

Kommunalfinanzen (Kassenausgaben und Kasseneinnahmen)

28

Grafiken ausgewählter Indikatoren

29

Analyse der Briefwahl zur Bundestagswahl 2017

Gabriele Richter

1 Einleitung

'Steigender Anteil der Briefwähler' – 'Rekordbeteiligung bei der Briefwahl' – 'Immens hoher Briefwahl-Anteil' – 'Briefwahlanteil steigt weiter' – 'Boom bei der Briefwahl' – so lauteten zur Bundestagswahl 2017 die Überschriften in verschiedenen deutschen Tageszeitungen.

Umfragen des Instituts Insa im August 2017 haben ergeben, dass 30 Prozent der Wähler ihre Stimme per Briefwahl abgeben wollen. Der tatsächliche Anteil lag letztendlich in einigen Wahlbezirken noch deutlich darüber. Vielerorts wurde in Deutschland die höchste Briefwahlbeteiligung überhaupt registriert.

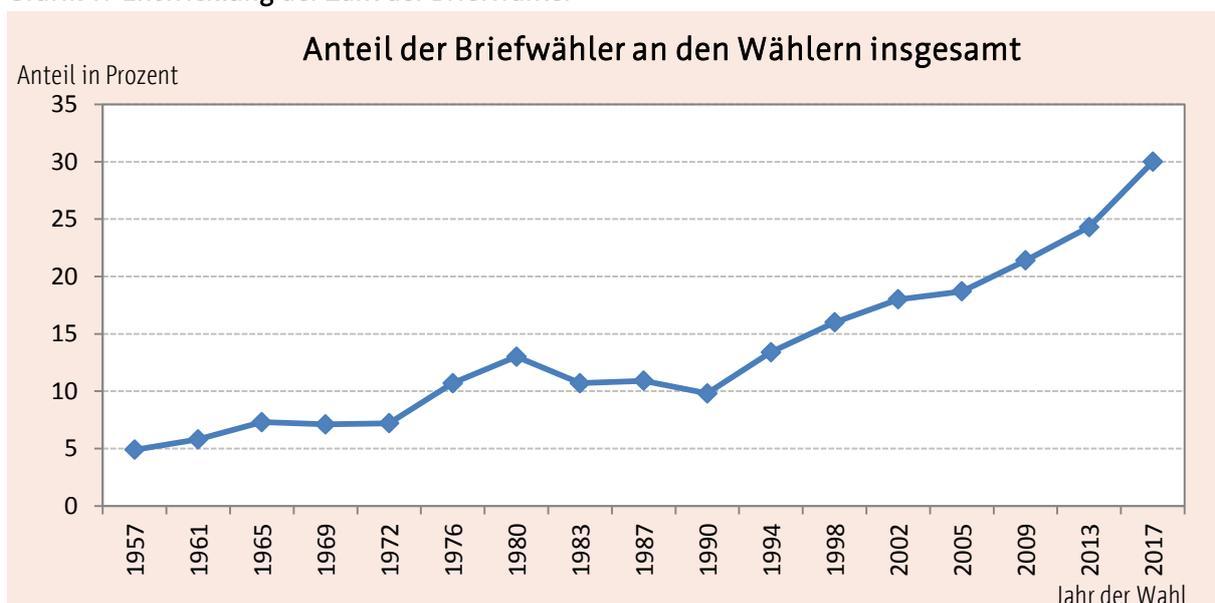
2 Betrachtung des gesamten Bundesgebietes

2.1 Entwicklung der Zahl der Briefwähler

Zur Wahl des dritten Deutschen Bundestages am 17. September 1957 bestand zum ersten Mal die Möglichkeit der Briefwahl. Damit sollte der Grundsatz der „Allgemeinheit der Wahl“ sichergestellt werden. Dieser besagt, dass jeder Wahlberechtigte die Gelegenheit zur Wahl haben soll. Anfangs waren die Bedingungen zur Briefwahl sehr eng gefasst. Per Post durfte nur wählen, wer am Wahltag krank oder aus privaten oder beruflichen Gründen verreist war. Gedacht war die Briefwahl auch als Hilfe für behinderte und alte Menschen. Damals nutzten 4,9 Prozent der Wähler (1,5 Mill. Menschen) die Briefwahl. Im Laufe der Jahre machten immer mehr Bürger von der Möglichkeit

Gebrauch. Die Briefwahl wurde immer selbstverständlicher. Im Jahr 1976 war der Anteilswert erstmals zweistellig (10,7 Prozent). Bis zum Jahr 2008 war die Briefwahl nur in Ausnahmefällen und mit Begründung möglich. Mit dem Wegfall dieser Hürde kam es zu einem weiteren Anstieg des Briefwahlaufkommens. Vor acht Jahren wählten erstmals mehr als jeder Fünfte per Brief (21,4 Prozent). Nach Angaben des Bundeswahlleiters gab es 2013 rund 10,7 Millionen Briefwähler – ein Anteil von 24,3 Prozent. Weil es so bequem ist, steigt die Zahl derer, die diesen Service nutzen, unaufhörlich. Zur Bundestagswahl 2017 vermelden alle Bundesländer neue Rekordwerte.

Grafik 1: Entwicklung der Zahl der Briefwähler



Quelle: Wikipedia

Trotz des generellen Anstieges beim Briefwahlaufkommen in ganz Deutschland ist eine regional unterschiedliche Verteilung zu beobachten. In den alten Bundesländern ist die Briefwahl nach wie vor deutlich verbreiteter als in den neuen. In Großstädten ist die Briefwahl besonders beliebt. Schon 2002 gaben in den zehn größten Städten Deutschlands 25 %

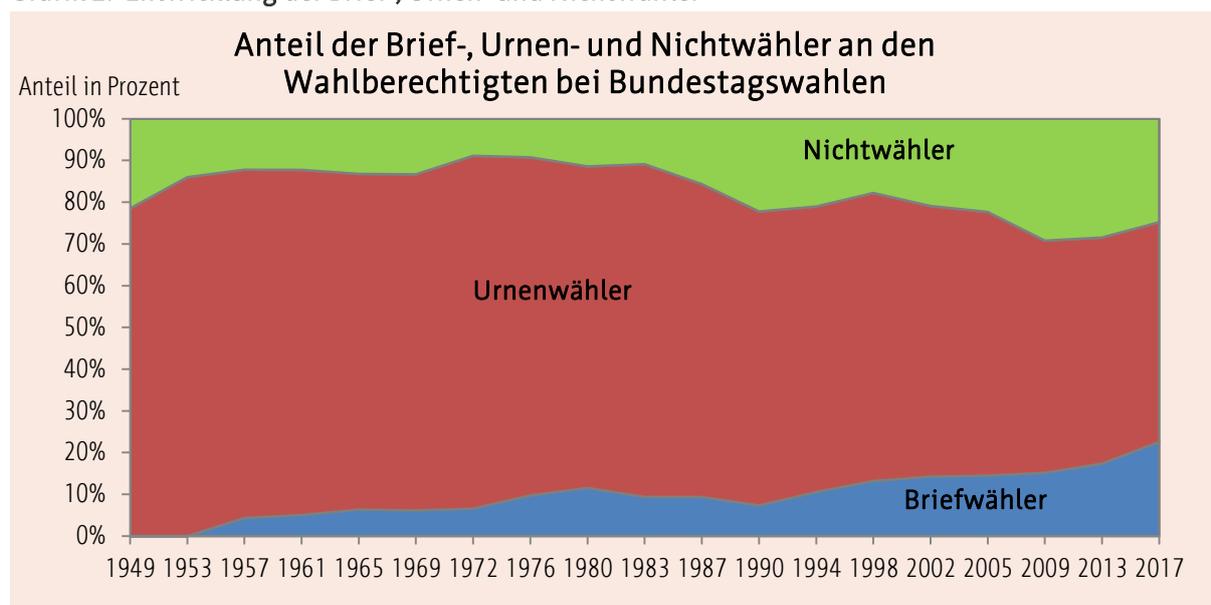
der Wähler ihre Stimme per Briefwahl ab. Durch die Bertelsmann-Stiftung wurde im Jahr 2016 ein „Factsheet“ zur Briefwahl vorgelegt. Demzufolge hatte bei der Bundestagswahl 2013 der bayerische Wahlkreis Passau mit 43,2 Prozent den höchsten Anteil an Briefwählern, während der Wahlkreis Bautzen 1 auf nur 11,9 Prozent kam.

2.2 Briefwahl und Wahlbeteiligung

Der Trend zur Stimmabgabe lange vor dem eigentlichen Wahltag hat zur Bundestagswahl 2017 weiter zugenommen. In der Stadt München hatten eine Woche vor der Wahl bereits 34,5 Prozent der Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen beantragt. Das waren 13 Prozent mehr als bei der Bundestagswahl 2013. Und dabei

lag die Zahl der Briefwähler in Bayern bereits 2013 mit 35,3 Prozent besonders hoch. Auch in Hamburg lag die Briefwahlbeteiligung eine Woche vor dem Wahltag schon bei 28,7 Prozent – das waren 6,8 Prozentpunkte höher als im Vergleichszeitraum 2013.

Grafik 2: Entwicklung der Brief-, Urnen- und Nichtwähler



Quelle: Bundeswahlleiter

Die Wahlbeteiligung 2017 lag mit 76,2 Prozent um 4,7 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2013 (71,5 Prozent). Zur Wahl des ersten deutschen Bundestages 1949 lag die Wahlbeteiligung bei 78,5 Prozent. Die höchste Beteiligung war 1972 mit 91,1 Prozent zu verzeichnen. Der bisherige Tiefststand lag 2009 bei 70,8 Prozent. Die oben stehende Grafik zeigt aber auch,

dass der Anteil der Briefwähler seit 1990 kontinuierlich steigt. Der Anteil der Urnenwähler dagegen ist seit 1998 rückläufig. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Nichtwähler gestiegen und erstmalig zur Bundestagswahl 2017 war bei den Nichtwählern ein leichter Rückgang um 3,7 Prozentpunkte zu verzeichnen.

2.3 Gründe für die Briefwahl

Durch das Institut 'infratest dimap' wurden im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung die Gründe erfragt, warum die Briefwahl überhaupt genutzt wird. Mehr als jeder

Fünfte begründete dies mit einem anstehenden Urlaub. Am zweithäufigsten wurde Bequemlichkeit genannt.

Grafik 3: Gründe für die Briefwahl



Quelle: infratest dimap 2015 im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung

2.4 Kritische Betrachtung der Briefwahl

Der Trend zur Nutzung der Briefwahl wird von Experten allerdings auch kritisch gesehen. Eine frühe Entscheidung findet unter anderen Bedingungen statt als die Stimmabgabe am Wahltag. So sei es beispielsweise ein Unterschied, ob man seine Stimme Wochen vor der Wahl unter dem Eindruck von Umfragen abgibt oder während der 'demografischen' Ruhephase am Wahltag. Nach der Stimmabgabe lässt sich auf Tagesereignisse, Skandale oder den Rücktritt eines Politikers nicht mehr reagieren. Auch der Einfluss der Wahlwerbung sollte nicht unterschätzt werden. Im schlimmsten Fall stellt der Wähler fest, dass er am Wahltag ganz anders gewählt hätte.

Außerdem warnen Experten, dass sich daheim, anders als in der Wahlkabine, nicht sicherstellen lässt, dass die Abstimmung geheim und ohne Einflussnahme erfolgt. Denn es sei nicht zu kon-

trollieren, wer hier wirklich das Kreuzchen mache. Trotzdem kam das Bundesverfassungsgericht in zwei Entscheidungen (BVerfGE 21/200, BVerfGE 59/119) zu dem Schluss, dass die Chancen der Briefwahl deren Risiken überwiegen.

Des Weiteren gibt es generelle Sicherheitsrisiken zu bedenken. Briefwahlunterlagen können manipuliert oder gestohlen werden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Briefwahlunterlagen falsch versendet werden oder auf dem Postweg verloren gehen. Die Praxis zeigt auch, dass Wähler teilweise mit dem Ausfüllen des Wahlscheines und dem richtigen Verpacken von Stimmzettel, Stimmzettelumschlag und Wahlschein überfordert sind. Trotz vermeintlich großen Engagements des Wählers müssen diese Wahlunterlagen zurückgewiesen werden und fließen nicht in das Wahlergebnis ein.

Nicht außer Acht gelassen werden sollten auch die höheren Kosten der Briefwahl. Neben den beiden Umschlägen fallen hier besonders die Portokosten für den Versand und die Rücksendung der Briefwahlunterlagen ins Gewicht. Hinzu kommt der erhöhte Bedarf an Mitarbeitern im Briefwahlbüro und in den Briefwahlvorständen. Trotzdem kann die Zahl der Urnenwahllokale kaum reduziert werden. Einem Bericht zufolge werden die Kosten

für die Bundestagswahl 2017 auf 92 Millionen Euro steigen und damit um 15 Millionen Euro höher liegen als zur Bundestagswahl 2013. Für den Anstieg verantwortlich sind den Angaben zufolge die höheren Portokosten für das Versenden von Wahlbenachrichtigungen und Briefwahlunterlagen. Außerdem erhielten die Wahlhelfer höhere Zuwendungen für ihr Ehrenamt.

2.5 Der typische Briefwähler

Die Briefwahl soll allen, die im Urlaub sind oder sonntags arbeiten müssen, die Stimmabgabe ermöglichen. Wahlberechtigte Auslandsdeutsche müssen nicht extra anreisen. Briefwahl gilt auch als gute Alternative für Kranke und Gebrechliche. Briefwähler sind im Durchschnitt älter. Sie sind eher höher gebildet und leben eher in der Stadt als auf dem Land.

Entsprechende Analysen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass tendenziell ältere Personen von der Briefwahl Gebrauch machen. Außerdem zeichnet den typischen Briefwähler eine langfristige Bindung zu einer Partei aus. Die Wähler wissen schon genau, wem sie ihre Stimme geben wollen. Wahlwerbung und Wahlkampf haben keinen oder wenig Einfluss

auf die Entscheidung. Selbst mögliche Fehler der Partei im Wahlkampfendspurt werden toleriert. Es geht um die treuesten Unterstützer. Deshalb wird die Möglichkeit der Briefwahl auch so intensiv von den Parteien beworben. Zur Bundestagswahl 2013 lag der Zweitstimmenanteil von CDU/CSU, FDP und Grünen bei den Briefwählern um etwa zwei Prozentpunkte über dem der Urnenwähler.

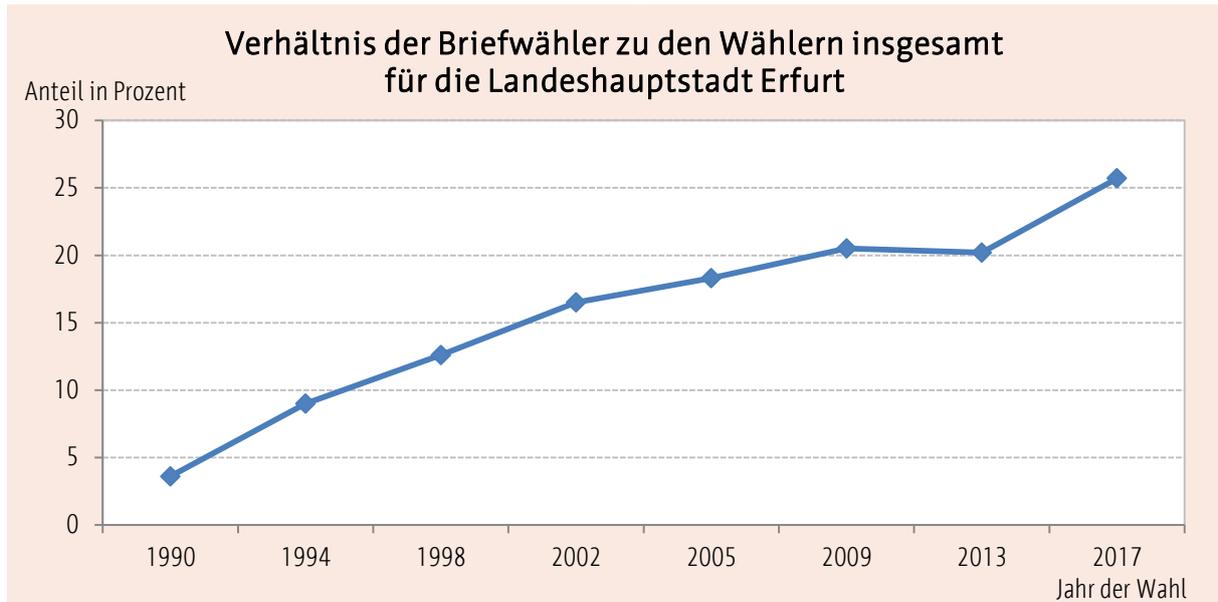
Die steigende Zahl der Briefwähler wird vor allem als "ein Ausdruck der Individualisierung der Gesellschaft" gesehen. Die Menschen wollen flexibel bleiben und sich nicht einschränken. Die Briefwahl verschaffe den Menschen einen Autonomie-Spielraum.

3 Auswertung für die Landeshauptstadt Erfurt

3.1 Briefwahlaufkommen zur Bundestagswahl 2017

Auch in der Landeshauptstadt Erfurt war der Anteil der Briefwähler sowohl absolut wie auch prozentual so hoch wie noch nie zuvor. Auf Grund des starken Briefwahlaufkommens musste die Zahl der Wahlvorstände von 30 im Jahr 2013 auf 33 erhöht werden.

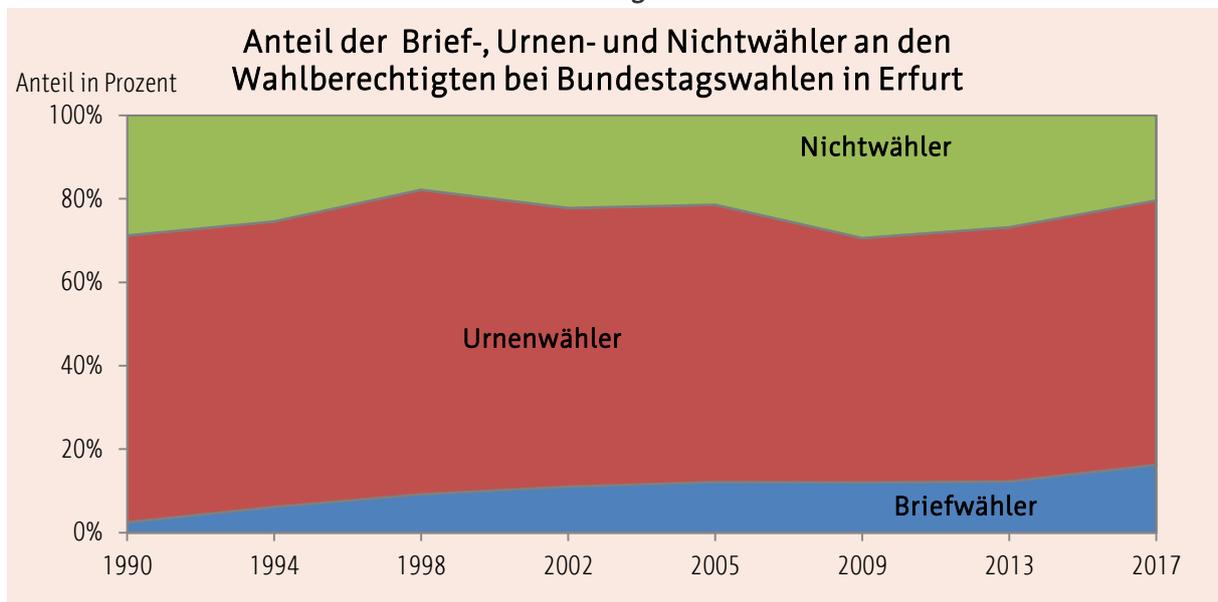
Der prozentuale Anteil der erteilten Wahlscheine in Bezug auf alle Wahlberechtigten betrug 20,2 Prozent. Das Verhältnis der Briefwähler zu den Wählern insgesamt ist im Vergleich zur letzten Bundestagswahl um 5,5 Prozentpunkte auf 25,7 Prozent besonders stark angestiegen.

Grafik 4: Anteil der Briefwähler an den Wählern insgesamt

Quelle: eigene Erhebung

Die nachstehende Grafik zeigt die Entwicklung des Anteils der Brief-, Urnen- und Nichtwähler für zurückliegende Bundestagswahlen für die Landeshauptstadt Erfurt. Deutlich wird beim Vergleich mit den Werten für die Bundesrepublik (siehe

Grafik 2), dass der Anteil der Nichtwähler in Erfurt ähnlich hoch (24,4 zu 24,8 Prozent) ist. Demgegenüber ist der Anteil der Briefwähler an den Wahlberechtigten in Erfurt (19,4 Prozent) geringer als für das gesamte Bundesgebiet (22,6 Prozent).

Grafik 5: Anteil der Briefwähler an den Wählern insgesamt

Quelle: eigene Erhebung

3.2 Altersstruktur und Geschlecht der Wahlberechtigten mit und ohne Wahlschein

Um die Gruppe der Briefwähler detaillierter untersuchen zu können, wurde zunächst die Datei der Wahlberechtigten, die als Vorlage zum Druck der Wählerverzeichnisse diente, herangezogen. Hier ist neben Geschlecht und Geburtsjahr auch die Beantragung eines Wahlscheines vermerkt. Wahlberechtigte, die aus welchen Gründen auch immer gestrichen sind, wurden bei den nachfolgenden Berechnungen nicht berücksichtigt.

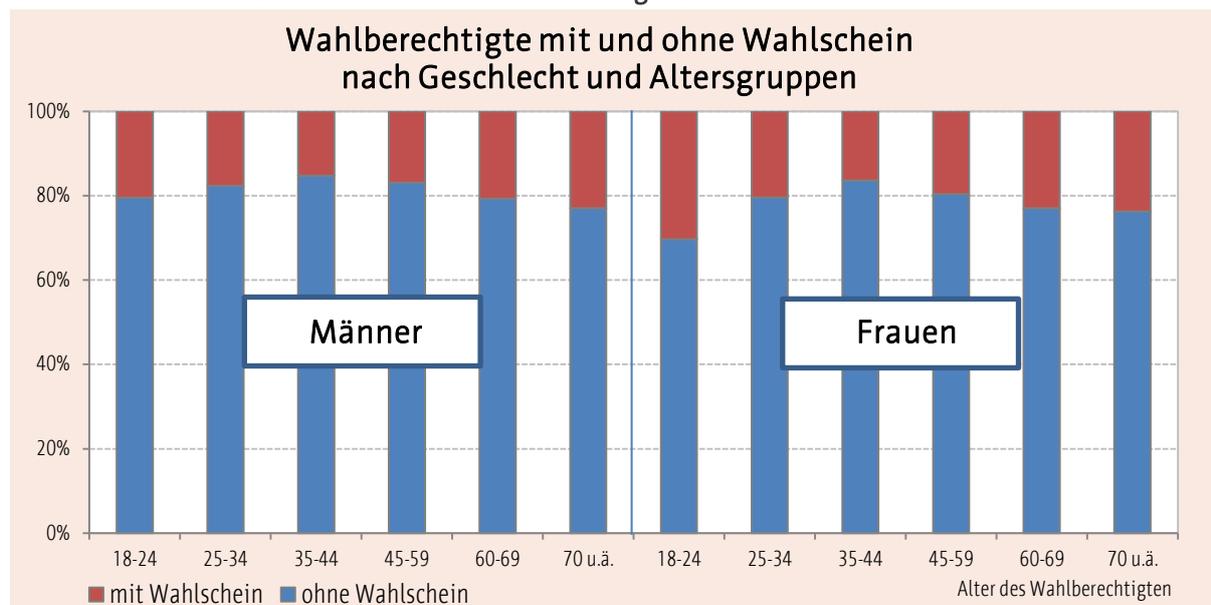
Insgesamt wurden 33.633 Wahlscheine beantragt. Von den eingegangenen Wahlbriefen konnten 32.341 Wahlbriefe (96,2 Prozent) bei der Auszählung berücksichtigt werden. Damit kann auch für Erfurt die Aussage von Wahlforschern be-

stätigt werden, dass der Unterschied zwischen beantragten Unterlagen und tatsächlichen Briefwählern gering ist.

Prozentual am häufigsten wurden in Erfurt Briefwahlunterlagen von jungen Frauen beantragt. Für fast jede Dritte (30,3 Prozent) 18- bis 24-Jährige wurde ein Wahlschein ausgestellt. Im Gegensatz dazu lag der Anteil mit 15,2 Prozent bei den 35- bis 44-jährigen Männern am niedrigsten.

Bei den über 70-Jährigen lag der Anteil derer, die Briefwahlunterlagen beantragt hatten, bei 23,0 Prozent (Männer) bzw. 23,7 Prozent (Frauen).

Grafik 6: Anteil der Briefwähler an den Wählern insgesamt



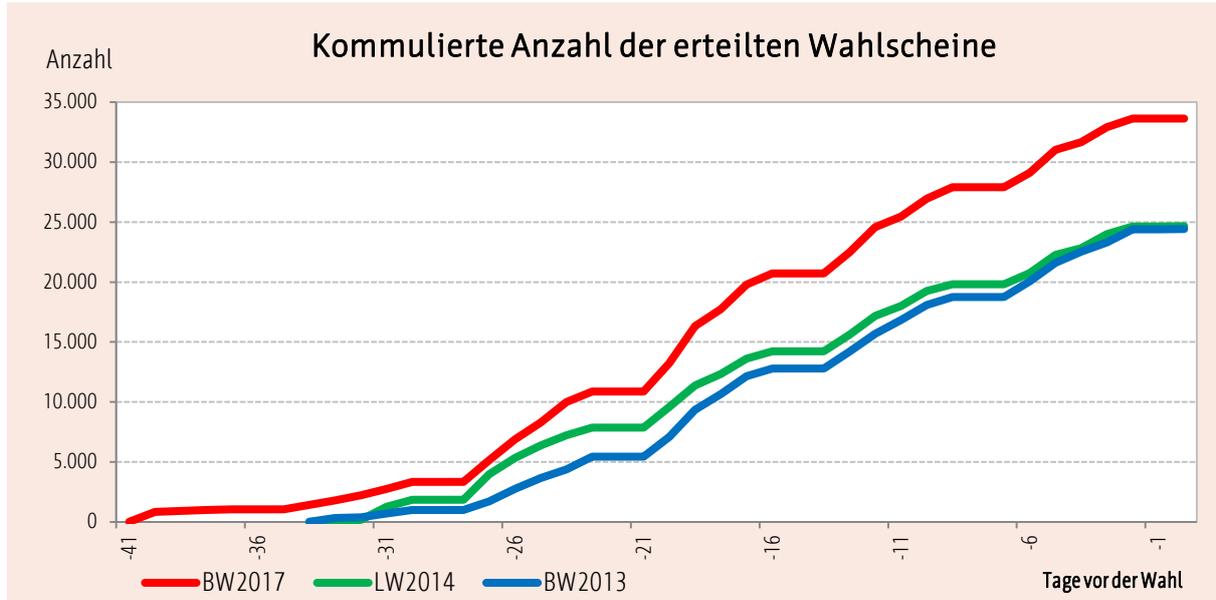
Quelle: eigene Erhebung

3.3 Beantragung der Briefwahlunterlagen

Die unten stehende Grafik zeigt die Zahl der erteilten Wahlscheine im Zeitverlauf für die Bundestagswahl 2013, die Landtagswahl 2014 und die Bundestagswahl 2017. Die beiden Linien für die Wahlen 2013 und 2014 liegen dicht beieinander und die Zahl der insgesamt erteilten Wahlscheine ist fast gleich. Zur Bundestagswahl im letzten Jahr wurde mit der

Erteilung der Wahlscheine schon am 41. Tag vor der Wahl begonnen. So war die Zahl der erteilten Wahlscheine von Anfang an höher. Besonders deutlich wird der Anstieg ca. drei Wochen vor dem Wahltermin. Die Zahl der am Wahltag insgesamt erteilten Wahlscheine lag knapp ein Drittel über den Werten der vorangegangenen Wahlen.

Grafik 7: Anzahl der erteilten Wahlscheine im Zeitverlauf



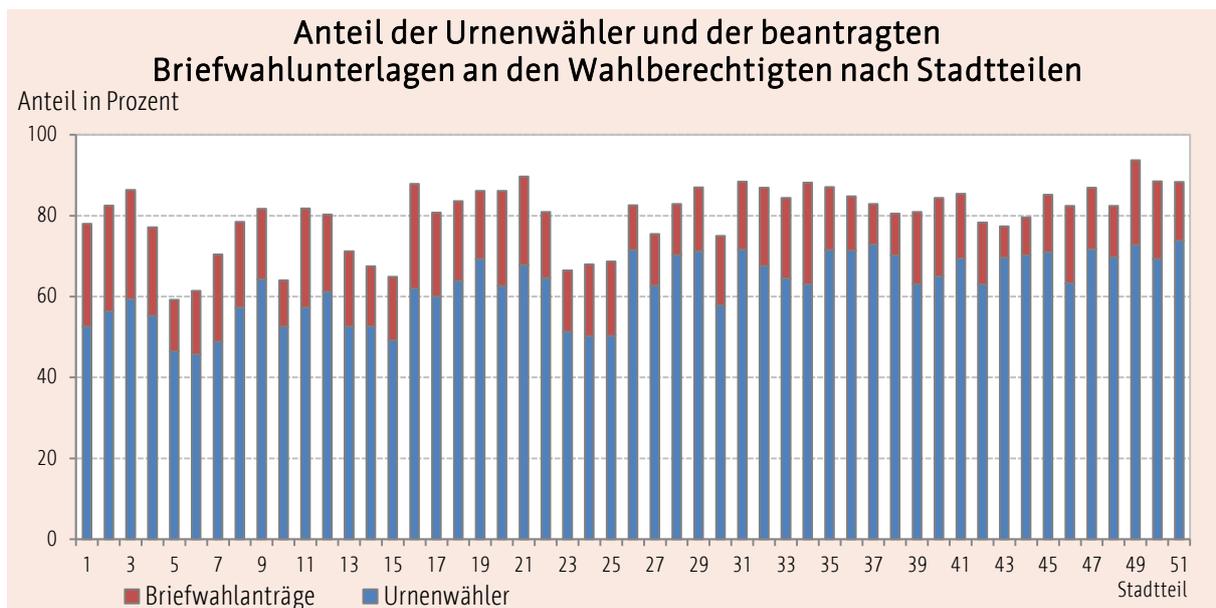
Quelle: eigene Erhebung

3.4 Räumliche Verteilung der Wahlbeteiligung

Eine grundsätzlich eher geringe Wahlbeteiligung ist im Siedlungsstrukturtyp 'Plattenbau' zu verzeichnen. Dazu gehören die Stadtteile 05, 06, 10, 13, 14, 15, 23 und 25 (siehe Anlage). Der Anteil der Urnenwähler liegt hier um die 50 Prozent, während der Anteil der Wahlberechtigten, die Briefwahlunterlagen beantragt haben, bei ca. 15 Prozent liegt. In fünf Stadtteilen haben mehr als ein Viertel

Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen beantragt. Das sind zunächst die zentrumsnahen Stadtteile Brühlervorstadt (03) - 27,0 %, Löbervorstadt (02) - 26,1 % und die Altstadt (01) - 25,4 %. Aber auch in Stadtteilen der dörflichen Siedlungsstruktur gab es hohe Anteile, z.B. in Hochheim (16) - 25,9 % und Windischholzhausen (34) - 25,2 %.

Grafik 8: Anteil der Urnenwähler und der beantragten Wahlscheine an den Wahlberechtigten nach Stadtteilen



Quelle: eigene Erhebung

Bezogen auf die Gesamtzahl der beantragten Briefwahlunterlagen wurde jeder zehnte Antrag von einem Wahlberechtigten aus der Altstadt gestellt. Aus den Stadtteilen Brühler-, Andreas- und Krämpfervorstadt sowie Daberstedt ka-

men jeweils ca. 8 Prozent der Briefwahlanträge. Der Anteil der Briefwahlanträge aus den Stadtteilen des dörflichen Siedlungsstrukturtyps lag auf Grund der geringen Einwohnerzahl teilweise unter 1 Prozent.

3.5 Wege der Beantragung der Briefwahlunterlagen

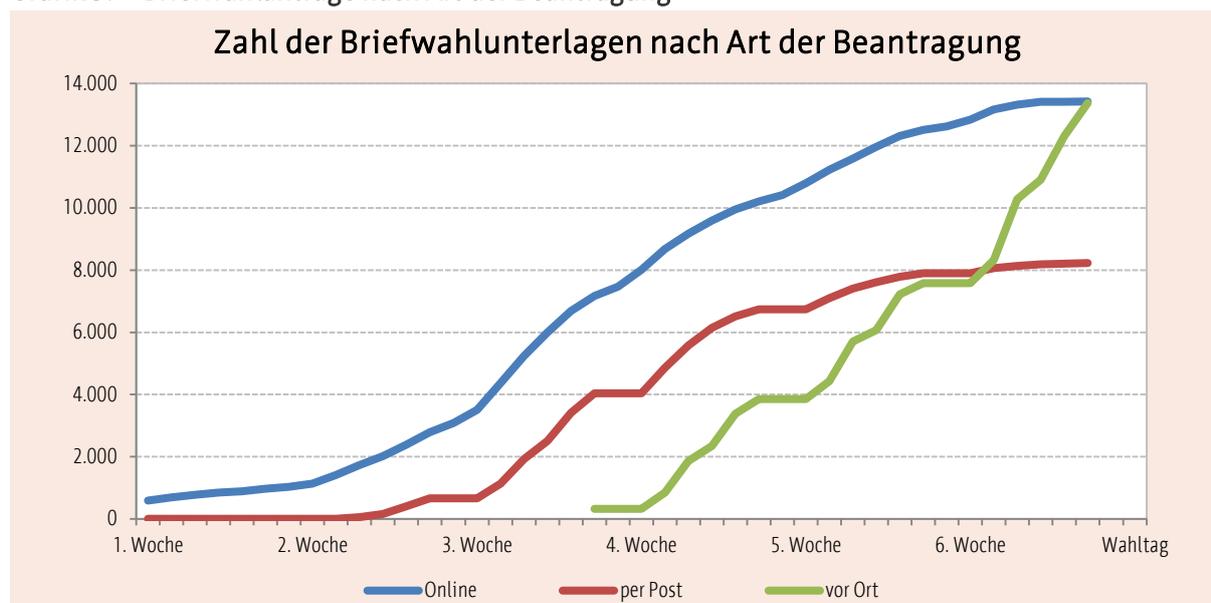
'Die Erteilung eines Wahlscheines kann schriftlich oder mündlich bei der Gemeinde beantragt werden.' (BWO §27 (1), Satz 1). Am häufigsten wurden zur Beantragung die Rückseite der Wahlbenachrichtigung genutzt, entweder als schriftlicher Antrag durch postalische Zusendung oder bei der Abholung der Briefwahlunterlagen im Wahlbüro. Seit einigen Jahren besteht auch die Möglichkeit, einen Wahlscheinantrag im Internet zu stellen. Von dieser Möglichkeit wird auch in Erfurt zunehmend mehr Gebrauch gemacht.

In der nachfolgenden Grafik wird deutlich, dass in der Zwischenzeit der online-Wahlscheinantrag die am häufigsten gewählte Form der Beantragung ist. 38,3 Prozent der Anträge gingen auf diesem Weg ein. Ähnlich hoch (38,2 Prozent) ist

der Anteil der Wahlberechtigten, die die Briefwahlunterlagen gleich vor Ort im Briefwahlbüro beantragen und in der Regel auch gleich hier ausfüllen. Die verbleibenden 24 Prozent haben den Briefwahlantrag per Post gestellt.

Besonders deutlich wird in der Grafik auch der unterschiedliche zeitliche Verlauf. Die online-Beantragung hat den weitesten zeitlichen Vorlauf. Mit dem Erhalt der Wahlbenachrichtigung steigt die Zahl der online-Beantragungen, aber vor allem auch die Zahl der schriftlichen Anträge mittels Wahlscheinantrag auf der Wahlbenachrichtigung. Die Beantragung vor Ort ist an die Öffnungszeiten des Briefwahlbüros gebunden. In der Woche direkt vor dem Wahltag ist hier der steilste Anstieg zu verzeichnen.

Grafik 9: Briefwahlanträge nach Art der Beantragung



Quelle: eigene Erhebung

3.6 Vergleich der Urnen- und Briefwahlergebnisse für ausgewählte Parteien und für ausgewählte Stadtteile

Tabelle1: Stimmenverteilung der Erst- und Zweitstimmen für ausgewählte Parteien für die Stadtteile Altstadt (01), Brühler- (03), Andreas- (04), Krämpfervorstadt (08) und Daberstedt (11) nach Urnen- und Briefwahlergebnis in Prozent

STT		CDU		DIE LINKE		SPD		AfD		Grüne		FDP	
		1.St	2.St	1.St	2.St	1.St	2.St	1.St	2.St	1.St	2.St	1.St	2.St
01	Urne	26,1	23,6	19,3	19,8	17,8	13,3	13,5	14,8	8,9	10,3	6,7	9,2
	BW	30,1	28,2	19,2	19,7	16,9	13,5	8,2	8,9	12,3	12,2	7,2	10,8
03	Urne	28,5	26,1	16,5	18,0	18,4	12,8	12,6	13,9	10,1	11,5	7,6	11,2
	BW	34,2	31,9	15,8	16,6	18,5	13,6	9,1	9,6	10,7	12,0	6,8	11,4
04	Urne	23,2	22,0	20,4	21,3	18,0	14,0	15,9	16,4	8,3	9,0	5,6	7,8
	BW	25,0	24,1	20,6	20,1	19,4	15,0	8,6	9,1	12,5	14,3	6,0	8,8
08	Urne	24,1	21,6	20,0	20,7	18,1	14,0	16,6	17,1	7,3	8,2	5,9	9,2
	BW	28,7	26,8	19,3	20,2	16,3	13,4	9,8	10,6	12,3	11,0	5,4	8,6
11	Urne	25,6	24,0	18,9	19,9	19,3	14,9	17,8	18,7	6,0	6,8	6,1	8,6
	BW	30,7	30,3	20,6	21,8	21,1	16,8	10,0	11,3	6,3	6,3	5,3	6,8

Quelle: eigene Erhebung

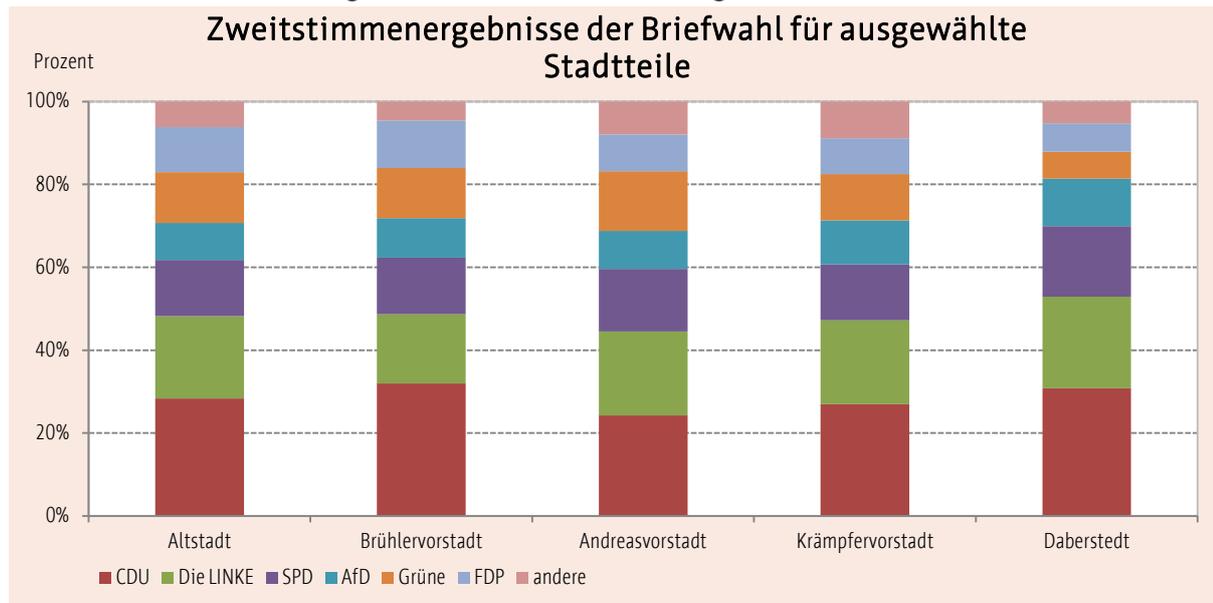
In der oben stehenden Tabelle wurden für die Stadtteile mit dem stärksten Briefwahlaufkommen die Ergebnisse der Urnen- und Briefwahlauszählung sowohl für die Erst- als auch die Zweitstimmen gegenübergestellt.

Für die CDU lag das Ergebnis der Briefwahl immer über dem der Urnenwahl, teilweise sogar mit mehr als 5 Prozentpunkten. Im Gegensatz dazu lag das Ergebnis bei der AfD bei der Urnenwahl immer über dem der Briefwahl. Hier betrug die Differenz sogar teilweise über 7 Prozentpunkte. Für DIE LINKE liegen die Ergebnisse der Urnen- und Briefwahl relativ eng beieinander. Hier gibt es die größ-

te Abweichung bei den Zweitstimmen im Stadtteil Daberstedt (1,9 Prozentpunkte). Die gleiche Aussage trifft auch auf die SPD zu. Die Ergebnisse der Grünen lagen mit Ausnahme der Zweitstimmen in Daberstedt ebenfalls bei der Briefwahl höher. Bei der FDP kann eine so eindeutige Differenzierung nicht getroffen werden.

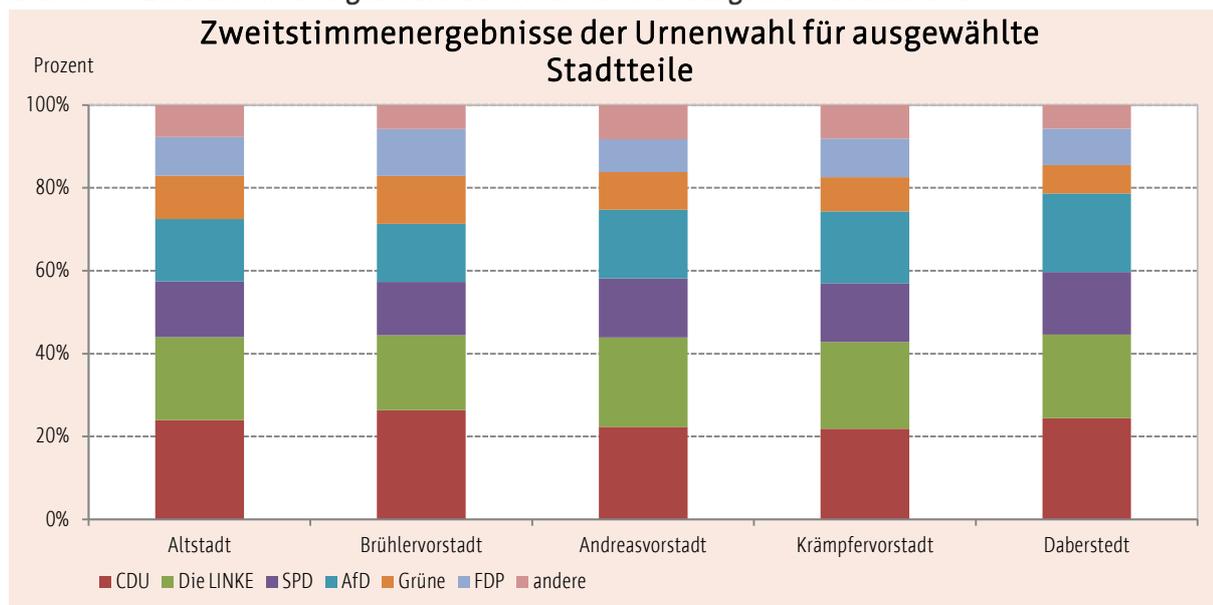
In der Grafik 10 sind für ausgewählte Stadtteile die Ergebnisse der Auszählung der Zweitstimmen der Briefwahl dargestellt, in der Grafik 11 zum Vergleich die Ergebnisse der Zweitstimmen für die Urnenwahl. Deutlich zu erkennen sind die höheren Anteile der CDU bei der Briefwahl und die der AfD bei der Urnenwahl.

Grafik 10: Zweitstimmenergebnisse der Briefwahl für ausgewählte Stadtteile



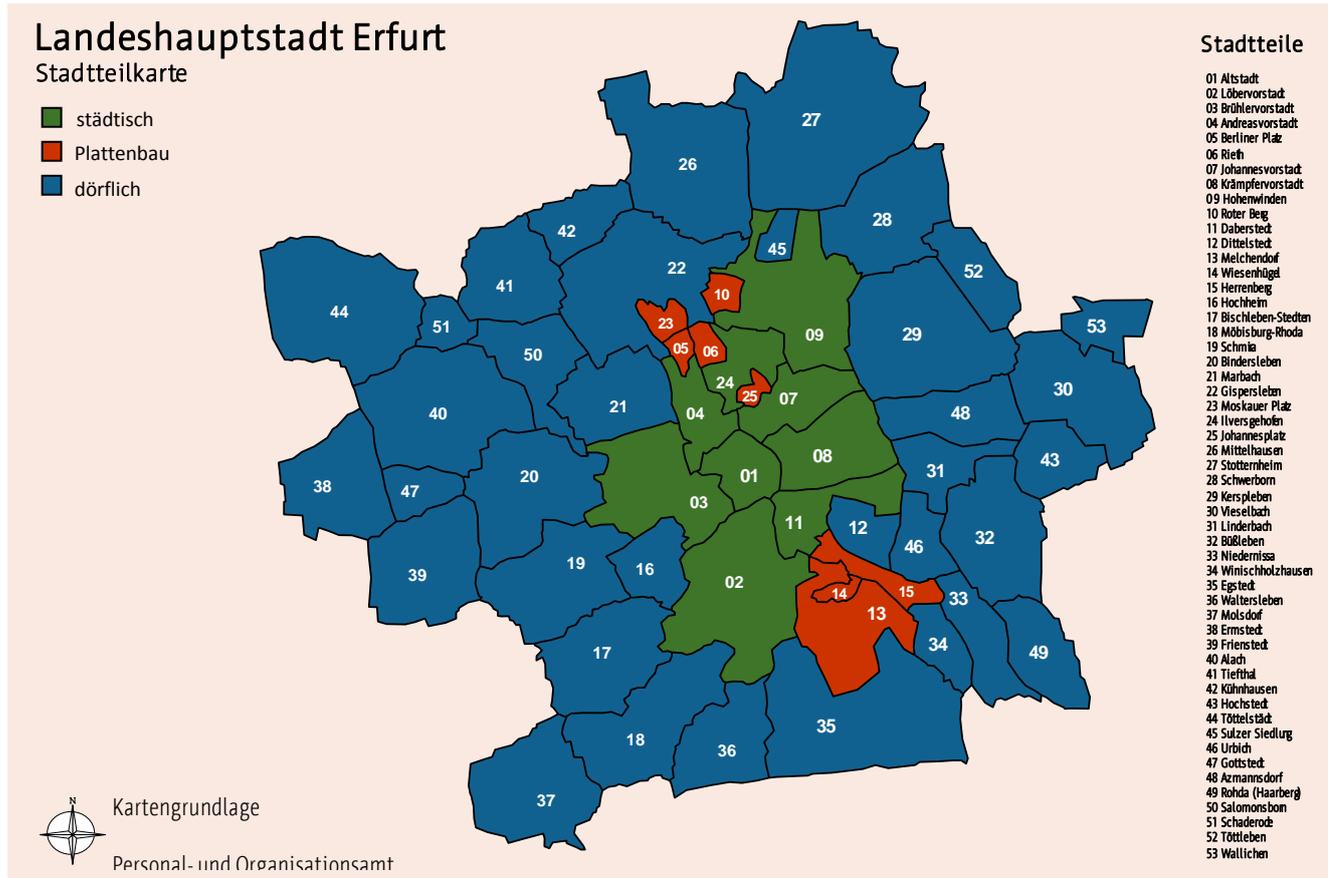
Quelle: eigene Erhebung

Grafik 11: Zweitstimmenergebnisse der Urnenwahl für ausgewählte Stadtteile



Quelle: eigene Erhebung

Anlage: Gebietsbeschreibung der Siedlungsstrukturtypen



städtisch	Stadtteile, die städtisch geprägt sind und nicht den Strukturen Plattenbau oder dörflich zuzuordnen sind:		
	Altstadt (01) Löbervorstadt (02) Brühlervorstadt (03)	Andreasvorstadt (04) Johannesvorstadt (07) Krämpfervorstadt (08)	Hohenwinden (09) Daberstedt (11) Ilversgehofen (24)
Plattenbau	Stadtteile mit Gebäuden, die vorwiegend in industrieller Bauweise errichtet sind:		
	Berliner Platz (05) Rieth (06) Roter Berg (10)	Melchendorf (13) Wiesenhügel (14) Herrenberg (15)	Moskauer Platz (23) Johannesplatz (25)
dörflich	Stadtteile mit vorrangig dörflichen Siedlungsmerkmalen:		
	Dittelstedt (12) Hochheim (16) Bischleben-Stedten (17) Möbisburg-Rhoda (18) Schmira (19) Bindersleben (20) Marbach (21) Gispersleben (22) Mittelhausen (26) Stotternheim (27) Schwerborn (28) Kerspleben (29)	Vieselbach (30) Linderbach (31) Büßleben (32) Niedernissa (33) Windischholzhausen (34) Egstedt (35) Waltersleben (36) Molsdorf (37) Ermstedt (38) Frienstedt (39) Alach (40) Tiefthal (41)	Kühnhausen (42) Hochstedt (43) Töttelstädt (44) Sulzer Siedlung (45) Urbich (46) Gottstedt (47) Azmannsdorf (48) Rohda (Haarberg) (49) Salomonsborn (50) Schaderode (51) Töttleben (52) Wallichen (53)